

# Erklärung von Luxemburg

Luxemburg, den 7. Dezember 2010

- **Die Sofortmaßnahmen gegen die Eurokrise müssen solidarisch und sozial ausgewogen sein**
  - Überbrückungskredite und Beihilfen im Rahmen des EU-Rettungsschirmes müssen zu erschwinglichen Zinssätzen bereitgestellt werden.
  - Nationale Entschuldungsprogramme müssen unbedingt sozial ausgewogen sein, höhere Einkommen stärker belasten und öffentliche Dienstleistungen nicht abbauen.
  - Ein nationales Insolvenzregime soll es Staaten erlauben, einfacher „faule Banken“ zu restrukturieren, private Gläubiger in die Sanierung einzubeziehen, damit die gesunden Privatgeschäfte und Sparkasseneinlage in gesunde Banken übertragen werden können.
  
- **Längerfristig muss auf eine Gemeinsame Europäische Wirtschaftspolitik hingesteuert werden**
  - Neben der Reduzierung der Budgetdefizite der EU-Mitgliedstaaten müssen auch die **makroökonomischen Ungleichgewichte** sowie Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse angegangen werden. Aussenhandelsüberschüsse sollten vor allem durch eine angekurbelte Binnennachfrage und Investitionen in die ökologische Modernisierung abgebaut werden.
  - Im kommenden Jahr müssen auf EU-Ebene **deutlich strengere Regeln zu Leerverkäufen, Finanzderivaten und Mindestkapitaleinlagen** der Banken verabschiedet werden.
  - Neue Steuereinkommen und eine stärkere fiskalische Zusammenarbeit sind notwendig, um ausgeglichene öffentliche Finanzen zu erreichen. Dies führt über :
    - ein Quantensprung im Kampf gegen die **Steuerflucht**
    - ein **EU-Mindestsockel von 25 Prozent Unternehmenssteuern**
    - eine **konsolidierte Unternehmenssteuerbasis**, um die reale Steuerlast der einzelnen Unternehmen zu ermitteln
    - den **automatischen Informationsaustausch** für **alle Einkommen**, ausgedehnt auf die OECD-Staaten
    - innovative Steuern für die EU-Mitgliedstaaten und die EU, beispielsweise eine **Finanztransaktionssteuer und Ökosteuern**, die den Faktor Arbeit weniger und den Umweltverbrauch mehr belasten
    - Eurobonds, also gemeinsame **EU-Anleihen**, um die ökologische Transformation der EU zu finanzieren

- **die qualifizierte Mehrheitsregel**, die mittelfristig im EU-Rat bei finanzpolitischen Entscheidungen eingeführt werden muss.
  
- Angesichts des starken Übergewichts der Finanzlobbys muss im Jahr 2011 auf EU-Ebene **ein Aktionsbündnis zur Finanzreform** eingerichtet werden, das von Nichtregierungsorganisationen getragen wird um die Reformdebatte mit unabhängigem Sachverstand zu bereichern. Dieser Vorschlag der Grünen wird mittlerweile bereits von 160 Mitgliedern des Europaparlaments und der nationalen Parlamente von fünf politischen Richtungen, darunter déi gréng, getragen und soll im kommenden Jahr konkretisiert werden.